

V1030/23

Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH:
Ausübung der Gesellschafterrechte zum Wirtschaftsplan 2024
einschließlich Mittelfristplanung 2025 bis 2027
(Referenten: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, Herr Engert)

Antrag:

1. Der Wirtschaftsplan und die Betrauung der Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2023 wird fortgeschrieben und ein um TEUR 21 erhöhter Kostenersatz durch die Stadt Ingolstadt von TEUR 1.222 gewährt.
2. Die überplanmäßigen Ausgaben bei der Haushaltsstelle 342000.700000 (Betriebskostenzuschüsse GKO) i. H. v. 21.000 Euro werden genehmigt. Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt über die Haushaltsstelle 817000.715200.
3. Der Stadtrat betraut die Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH mit den dem Wirtschaftsplan zugrunde gelegten Leistungen und genehmigt hierfür einen Aufwandsersatz durch die Stadt Ingolstadt für 2024 von TEUR 1.244.
4. Hinsichtlich der Mittelfristplanung 2025 bis 2027 wird die Geschäftsführung beauftragt zur Vorberatung über die Höhe des künftig von der Stadt Ingolstadt im Rahmen des Betrauungsakts zu leistenden Aufwandsersatzes Einsparpotenziale von TEUR 300 p.a. aufzuzeigen.

Ausschuss für Kultur und Bildung	21.11.2023	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	29.11.2023	Vorberatung
Stadtrat	12.12.2023	Entscheidung

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 29.11.2023

Im Kulturausschuss sei, wie nicht anders zu erwarten, eine Zustimmung trotz einer eindeutigen Stellungnahme mit einer Warnung des Finanzreferenten erfolgt, so Stadtrat Wittmann. Bei genauer Betrachtung der Beschlussvorlage handelt es sich nicht um 21.000 Euro aus dem laufenden Jahr, sondern um 400.000 Euro. Im Hinblick auf die zu erwartenden Sparmaßnahmen halte es Stadtrat Wittmann nicht für vertretbar, hier eine Beschlussfassung herbeizuführen.

Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass für das Georgische Kammerorchester zusätzlich 400.000 Euro beantragt werden, so Herr Engert. Es werde das fortgeschrieben, was für die Jahre 2023 und 2024 für das Orchester aufgewendet werde. Jeder, der den Betrieb kenne wisse, dass es unmöglich sei, bis zum Jahr 2024 400.000 Euro einzusparen. Herr Engert

betont, dass man an den laufenden Tarifvertrag gebunden und deshalb kein Ausstieg schneller möglich sei.

Zum Jahr 2024 merkt Herr Breyer an, dass bereits Anfang letzten Jahres zwei Drittel ausgegeben worden seien. Dabei verweist er auf die Planung und die Veröffentlichung der Spielzeit. Hier hatte man einen anderen Vorlauf, als die Maßgabe kam, 30 Prozent einzusparen. Dies sei nach seinen Worten für das Jahr 2024 unmöglich. Insofern könne der früheste Spareffekt im Jahr 2025 erzielt werden. Aber auch hier stelle sich tatsächlich die Frage, was möglich sei. Weiter verweist Herr Breyer auf die zwei gestaltbaren Etas. Dabei handelt es sich um den künstlerischen Etat, also das was für die Dirigenten, Solisten und Aufwendungen und auch die Werbung verplant werde und den Bereich, welcher nicht so gestaltbar sei. Dabei verweist Herr Breyer beispielsweise auf Telefonkosten. Ihm sei nicht klar, wie hier sinnvoll und drastisch Kosten gesenkt werden sollen. Denn es handelt sich um Kosten, welche mehr oder weniger anfallen. Weiter geht Herr Breyer auf das Personal ein. Darunter verstehe er alles, was durch die künstlerische Planung an Kosten beeinflusst werde. Dies beinhalte auch die Miete für Instrumente und die Gema Gebühren. All dies was aus dieser Planung herausfließe, belaufe sich ungefähr auf 300.000 Euro. Dies bedeute, wenn 300.000 Euro eingespart werden sollen, habe man kein Geld mehr um einen Solisten, Dirigenten, oder Sonstige zu beschäftigen. Das Spielen mit der Stammmannschaft sei noch möglich. Die Konzerte seien aber dann nicht mehr dazu geeignet, um die erwartete Zuschauerentwicklung zu halten. Das andere sei, dass die Diskussion schon gewisse Kreise ziehe und auch die Gewerkschaft sich gemeldet habe. Diese habe angemerkt, dass eine Rückabwicklung des Tarifvertrages nicht möglich sei. Möglich sei aber, freiwerdende Stellen vorübergehend nicht zu besetzen. Dies sei aber aufgrund des kleinen Klangkörpers sehr schwierig. Was bereits schon für das Jahr 2023 vollzogen werden könne sei eine Besetzung des dritten Cello-Konzertmeisters erst zum 1. Januar 2024.

Stadtrat De Lapuente verweist auf die einstimmige Abstimmung im Kulturausschuss. Dies sei für ihn ein deutliches Zeichen und insofern müsse eine bessere interne Abstimmung erfolgen, bei einer solchen Frage. Stadtrat De Lapuente habe Hoffnung denn er wisse, dass auf Landesebene Gespräche geführt werden, dass mehr Mittel abgegriffen werden können. Hier gebe es Töpfe und vielleicht bestehe die Möglichkeit, sich an diesen Töpfen zu bedienen. Die Gespräche hierzu laufen gut und auch andere Orchester aus Bayern erhalten Zuschüsse. Insofern habe Stadtrat De Lapuente hier Hoffnung, dass Ingolstadt auch etwas aus diesem Topf erhalte. Somit wäre eine Abmilderung dieser 400.000 Euro möglich.

Dies sei in der Tat so, merkt Herr Breyer an. Hierbei handelt es sich um die Gruppe der nicht staatlichen Orchester, in der sich auch Ingolstadt befinde. Er teilt mit, dass sich Ingolstadt hier auf Rang sieben der neun nicht staatlichen Orchester befindet. Bei den Personalkosten sei man im Verhältnis zum Gesamtaufwand, auch auf Rang sieben und die Prozente betreffend auf Rang acht der staatlichen Zuschüsse. Bei den Einspielergebnissen, bzw. was selbst erwirtschaftet werde, liege Ingolstadt auf Rang eins. Beim Stellenplan und insbesondere bei der Verwaltung liege man im unteren Bereich. Das Orchester, mit dem sich Ingolstadt am ehesten messen könne, sei das Münchener Kammerorchester. Diese haben 23 Musikerstellen und neun in der Verwaltung. Ingolstadt ist mit 18 Musikerstellen besetzt. Was die Vergütung der Musiker betreffe, sei dies auch ein wichtiger Punkt. Das wichtigste Benchmark für das Orchester sei, dass man in einem sehr guten Bereich liege. Die Eigenwirtschaftlichkeit sei gut und die Personalkosten seien im Vergleich niedrig. Bezüglich der Förderung durch den Freistaat sei man mit Abstand weit abgeschlagen. Leider ist Ingolstadt relativ spät in den Fördertopf aufgenommen worden. Somit ist das Kuchenstück

am Anfang kleiner ausgefallen. Dies solle aber in Angriff genommen werden, damit man sukzessive an die Förderung, welche bei vierzig bis fünfzig Prozent liege, herankomme.

Es sei gerade angesprochen worden, dass die Fördermittelquote besser sein könne, die Chancen dafür aber relativ gut seien. Wenn dem so sei so Stadtrat Stachel, dann sei dies sehr erfreulich. Das wichtigste dabei sei unter dem Gesichtspunkt der Finanzen, dass dies nicht in zusätzliche Ausgaben fließe, sondern dass die Stadt einen niedrigeren Zuschuss leisten müsse. Er merkt an, dass hierauf die meisten Fraktionen Wert legen. An Stadtrat De Lapuente gewandt liege es in der Natur der Sache, dass der Kulturausschuss diese Dinge anders als der Finanzausschuss betrachte. Dies habe aber nichts damit zu tun, ob man sich miteinander abstimme.

Stadtrat Wittmann betont, dass er missverstanden worden sei. Er habe nicht von Einsparungen von 400.000 Euro im Jahr 2024 gesprochen. Es handelt sich hier um die Mehrausgaben in den Jahren 2025 bis 2027. Er habe den Finanzreferenten darauf hingewiesen, dass es nicht sein könne, zusätzlich 400.000 Euro bis zum Jahr 2027 zu beschließen, wenn bekannt sei, dass 100 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt eingespart werden müssen. Man sei sich schon einig, egal ob es das Georgische Kammerorchester, oder einen Sportverein betreffe, dass es immer Gründe gebe, keine Änderungen vorzunehmen. Hier handelt es sich um die Mehrausgaben der Jahre 2025 bis 2027. Es sei Aufgabe von Herrn Breyer dafür zu sorgen, mit dem vorhandenen Geld auszukommen, wie dies auch alle anderen machen müssen. Hier helfe Stadtrat Wittmann kein Vergleich zu anderen Orchestern. Die Situation in Ingolstadt müsse bewältigt werden. Man könne nicht in der Mittelfristplanung zusätzliche Ausgaben im Verwaltungshaushalt beschließen, wenn nicht bekannt sei, wie man diese ausgleichen könne. Stadtrat Wittmann sprechen nicht von den 21.000 Euro im laufenden Jahr, sondern davon, dass diese Finanzplanung so nicht eintreffen dürfe. Seines Erachtens müsse überall eine Null stehen und keine Mehrausgaben. Er betont nochmals, dass es sich um 400.000 Euro handelt, die bei einer ordentlichen Führung eingespart werden können. Wenn dies nicht möglich sei, dann brauche man sich über Einsparungen in der Größenordnung von 100 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt nicht mehr unterhalten, denn dann schaffe man dies nicht.

Dies sei wohl auch eine Folge der schwierigen Berechnung der früheren Geschäftsführung, welche nicht von belastbaren Zahlen ausgegangen sei, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Es müssen die Konsequenzen geprüft werden.

An Stadtrat Wittmann gewandt merkt Herr Engert an, dass er ihn missverstanden habe. Er wisse auch nicht, ob heute eine Beschlussfassung für die Jahre 25 bis 27 erfolgen müsse. Ingolstadt bekommt 21 Prozent der Kosten vom Freistaat Bayern erstattet. Das nächst schlechtest gestellte Orchester bekomme 38 Prozent und dann geht dies fast bis zu 60 Prozent nach oben. Wenn es Ingolstadt gelinge, hier deutlich voranzukommen, dann verbessere sich die finanzielle Situation. Insofern sei man sich bei den Jahren 23 und 24 einig und es sollte auf jeden Fall dazu eine Beschlussfassung erfolgen.

Mit mehr Geld vom Freistaat Bayern könnte Stadtrat Wittmann gut leben. Es gehe nicht darum, irgendwo etwas einzusparen. Es gehe lediglich um den Fehlbetrag für die Stadt. Er

merkt an, dass sich Stadtrat Grob für mehr Geld einsetzen werde. Aber die Fehlbeträge der Jahre 25 bis 27 in der Mittelfristplanung sollten rausgenommen werden. Dann könnte dies im nächsten Jahr, wenn weitere Beschlüsse erforderlich seien, auf einer anderen Grundlage diskutiert werden. Stadtrat Wittmann bittet darum, dies herauszunehmen.

Stadtrat Schäuble verweist auf die Ziffern eins bis vier der Beschlussvorlage. Hinsichtlich dessen sei er der Meinung gewesen, dass man über die Höhe streiten könne, aber die Mittelfristplanung 25 bis 27 damit nicht beschlossen werde. Er sei davon ausgegangen, dass der Stadtrat die Sparmaßnahmen für die Jahre 25 bis 27 beauftrage. Aufgrund dessen hätte er diesem Beschluss zugestimmt.

Stadtrat Lange schließt sich seinem Vorredner an. In der Ziffer vier habe man den Auftrag, Einsparpotentiale von 300.000 Euro aufzuzeigen. Insgesamt habe man diese 410.000 Euro, für diese drei Jahre. Wenn nun in der Vorberatung hergegangen und mit diesem Auftrag die Geschäftsführung nach Hause geschickt werde, dann gehe Stadtrat Lange am Ende davon aus, dass das Ziel von allen, keine zusätzlichen Fehlbeträge ergeben. Daher kommen diese 400.000 Euro. Diese Fehlbeträge würden alle drei Jahre auf Null gesetzt, denn mit diesen 300.000 Euro in einem Jahr habe man schon fast genug.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.